

Bundeshaushalt: Kanzler, übernehmen Sie!

Weil Finanzminister Christian Lindner nicht weiterkommt, führt nun Olaf Scholz persönlich die Haushaltsverhandlungen mit den Fachressorts. Ein beispielloser Vorgang.

Christian Lindner hatte sich stets bemüht, am Ende aber blieb ihm nichts anderes übrig, als beim Kanzler um Hilfe nachzusuchen: Weil sich der Kassenwart mit den Kabinettskollegen in monatelangen Verhandlungen nicht auf einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 einigen konnte, sitzt nun also Olaf Scholz mit am Tisch, wenn der Bundesfinanzminister sich mit den widerspenstigen Chefinnen und Chefs einzelner Fachressorts trifft.

Lindner hatte in der vergangenen Woche Briefe an jedes Ministerium versandt, in denen er den Kolleginnen und Kollegen mitteilte, wie hoch ihre Ausgaben im kommenden Jahr höchstens sein dürfen. Etwa ein halbes Dutzend Kabinettskolleginnen und -kollegen wollten das nicht hinnehmen und haben ein Gespräch verlangt, darunter offenbar Außenministerin Annalena Baerbock, Familienministerin Lisa Paus und Innenministerin Nancy Faeser. Aber auch mit Verkehrsminister Volker Wissing, ein Parteifreund Lindners, ist sich dieser noch nicht einig. Dass sich der Bundeskanzler in die Etatgespräche einschalten muss, ist höchst ungewöhnlich. Der Vorgang wirft einerseits kein gutes Licht auf Lindners Verhandlungsstrategie. Vor allem aber mangelt es andererseits dem gesamten Kabinett offenkundig an einem gemeinsamen Verständnis dessen, was nach Jahren der krisenbedingten Sondertöpfe und Verschuldungsmöglichkeiten finanziell machbar ist (...). Vor allem mehrere von den Grünen geführte Ministerien sollen sich in den Gesprächen widerspenstig gezeigt haben (...).

Die Etatverhandlungen hatten von Beginn an unter keinem guten Stern gestanden. Im März musste Lindner die sonst übliche Vorstellung von Haushaltseckwerten absagen, weil regierungintern kein Kompromiss möglich war. Im Gegenteil: Zeitweise lagen die Ausgabenwünsche der Ressorts um 70 Milliarden Euro über den Vorplanungen; gleichzeitig fehlten wegen der schlechteren Wirtschaftslage und Lindners Steuersenkungen des Jahres 2023 Einnahmen in

Milliardenhöhe. Statt über zusätzliche Ausgaben musste also plötzlich über Einsparungen diskutiert werden (...).

Die Koalition spart ausgerechnet bei den Investitionen. Einschnitte bei den Sozialausgaben soll es dagegen nicht geben. Von den Kürzungsvorgaben ausgenommen ist allein das Verteidigungsministerium, das angesichts gestiegener außenpolitischer Bedrohungen sogar rund zwei Milliarden Euro mehr erhalten soll als in der mittelfristigen Finanzplanung bislang vorgesehen. Die übrigen 15 Milliarden Euro will die Regierung durch die Kürzung von Subventionen und gemeinschaftlich finanzierten Bundesländer-Programmen sowie die Verschiebung von Investitionsausgaben in den Klima- und Transformationsfonds einsparen, aus dem Staatshilfen zur Förderung der Energiewende finanziert werden (...).

Widerstand gegen den Kurs Lindners kommt nicht nur aus den Bundesministerien, sondern auch aus den Ländern, die mit 900 Millionen Euro weniger auskommen sollen. Das trifft Förderprogramme in ländlichen Räumen, die Städteförderung aber auch die Unterstützung kleinerer Betriebe in strukturschwachen Regionen. 300 Millionen will Lindner allein bei der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur- und des Küstenschutzes einsparen. Das Programm des Bundeslandwirtschaftsministeriums fördert die Länder bei der Verstärkung der Deiche an Nord- und Ostsee, bei Bewässerungsprojekten sowie der Belebung strukturschwacher Dörfer durch Ehrenamt, Freiwillige Feuerwehr oder Angebote für Jugendliche.

Schleswig-Holsteins grüne Finanzministerin Monika Heinold betrachtet Lindners Sparvorgaben als Rechentrick zu Lasten des demokratischen Gemeinns. (...) Mit anderen Worten: Wer in strukturschwachen Regionen weitere Sparmaßnahmen erzwingt, befördert den Vormarsch der AfD. Und auch im Haus von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir ist die Stimmung eher finster. Im aktuellen Haushalt wurden hier fast 100 Millionen Euro eingespart, weiteren Kürzungen hat Özdemir bereits zugestimmt. Und nun? Steht auch noch die Förderung ländlicher Räume auf der Kippe. Denn anderswo, etwa bei der Altersversorgung von

Landwirtinnen und Landwirten, kann Özdemir nicht sparen. Lebendige Gemeindestrukturen zu fördern, sei eine Investition in demokratische Gesinnung, heißt es in seinem Ministerium.

Quelle : Die Zeit, Constanze von Bullion und Claus Hulverscheidt, 7. Juni 2023.